

Seit dem 1. Januar proben die Polen den freien Markt

„Eine Schlucht überquert man nicht in zwei Sprüngen“

Im Osten hat kein Land eine

mutigere Wirtschaftsreform gewagt als Polen, doch will noch niemand auf Erfolg wetten

Warschau, im Februar – „Das historische Ziel unserer Wirtschaftsreform“, sagt der Staatssekretär im Zentralen Planungsamt, „läßt sich auf einen schlichten Nenner bringen: Früher haben die Kunden nach Waren angestanden; jetzt sollen die Waren nach Kunden anstehen.“

Der Zentralplaner Karol Szwarc, einst Wirtschaftsjournalist, ist ganz stolz auf die Wortspielerei und lehnt sich beifallsheischend zurück, derweil der Dolmetscher ins Deutsche überträgt. Daß der Besucher aus dem Wohlstands-Westen nicht plangemäß auf die Pointe reagiert und erst einmal nachfragt, offenbart die ganze (Bewußtseins-)Kluft zwischen dem todgeweihten Staats-Sozialismus, der bloß den Mangel verwaltet, und dem real existierenden Kapitalismus, wo der schiere Überfluß – das Warten der Ware auf den Kunden – eine nicht mehr wahrgenommene Selbstverständlichkeit ist.

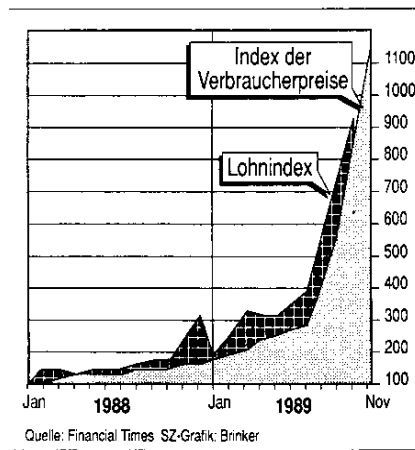
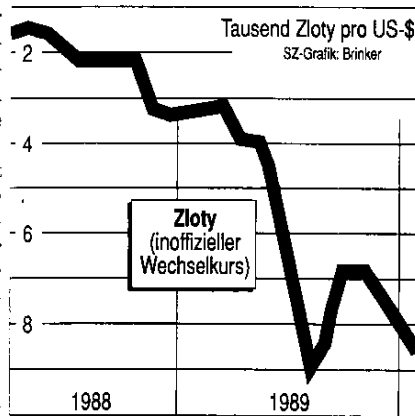
Einen Monat nach Beginn der brutalsten und ehrgeizigsten Wirtschaftsreform, die je von Stalins Erben geprobt wurde, ist schon mal das halbe Wunder Wirklichkeit: Warschaus Regale sind voll, die Auslagen glänzen im Vergleich zu Moskau mit geradezu obszöner Vielfalt – selbst mit fünf Sorten Honig und gehobener Kost wie Endivien. Freilich, und das ist die Kehrseite, muß die Ware sehr geduldig auf den Kunden warten. Der kommt nicht – weil er kein Geld hat.

Prinzip der Reform

Das ist kein Paradox, sondern Prinzip der Reform. Erstes Ziel der Brutal-Bremmung, die seit dem 1. Januar unter dem Etikett „Wirtschaftsreform“ abläuft, ist das Abwürgen der Hyper-Inflation, die vor dem Inkrafttreten des Balcerowicz-Programms (benannt nach dem Finanzminister) bei 50 Prozent im Monat angelangt war. Auf's Jahr gerechnet sind das 1200 Prozent, oder sinnfälliger ausgedrückt: Eine Ware, die heute 100 Zlotys kostet, würde zwölf Monate später deren 13 000 heischen. Deshalb muß der Staat dem Kunden das Geld abnehmen, das immer mehr, aber immer weniger wert, wurde.

„Wir wollen“, so mit skeptischem Unterton Professor Dobroczyński, Chef des Wirtschaftsinstituts an der Universität Warschau, „bis zum April unsere Inflation auf das westliche Maß drücken.“ Hier beginnt des Paradoxons zweiter Teil. Denn: Seit dem ersten Januar steigen die

Preise noch schneller. „Im Dezember kostete ein Brot 1000 Zloty“, berichtet Andr-



zei Karkoshka, der bis vor kurzem dem Staatspräsidenten Jaruzelski als Berater gedient hat. „Jetzt sind es 3000 Zlotys.“ Der Privatmensch muß jetzt das Siebenfache für die Hauptenergiequelle Kohle berapen, ein Betrieb das Vierfache. „Das ist schlimmer als der Ölschock von 1973 es für Sie war,“ bemerkt Jozef Soldaczuk, Direktor des Außenhandelsinstituts und einst Lehrer von Leszek Balcerowicz, der als Finanzminister für den Einkommensverlust verantwortlich zeichnet. Auch der Akademiker hat schon am eigenen Leibe die Praxis der Reform verspürt: Er hat sich gerade eine Holzleiter für 155 000 Zlotys gekauft, die im Dezember weniger als die Hälfte gekostet hat.

Inflationsbekämpfung per Preisauftrieb? Das ist in den Lehrbüchern nicht vorgesehen, weder bei den Keynesianern

noch bei jenen Monetaristen, die heute in Warschau en vogue sind. Indes: Die polnische Inflation, wie die jeder anderen Befehlswirtschaft, ist nicht das gleiche Biest, das sich im Westen herumtreibt. Es hat gleich zwei Fratzen. Den einen, klassischen, kennt man aus Argentinien oder (bis 1987) aus Israel: Da rotiert die Notenpresse und spuckt sozusagen ungedeckte Wechsel aus, mit denen die regierenden Pleitiers Sozialkonflikte überkleistern und gleichzeitig das ganze Volk betrügen: Immer mehr (Papier-)Geld jagt immer weniger Waren hinterher; die Folge ist die galoppierende Inflation. Das war auch in Polen so: Gab's einen Streik in Kattowitz, fuhr der Generaldirektor mit zwei leeren Koffern zur Nationalbank und besänftigte hinterher die Arbeiter mit Bündeln von buntbedrucktem Papier.

Der zweite Kopf des Monsters ist konstitutiver Bestandteil einer jeden Kommandowirtschaft, wo nicht sein kann, was nicht sein darf. „Das ist die versteckte Inflation“, sagt Darius Rosati, der Direktor des Konjunkturforschungs-Instituts, das dem Außenministerium attachiert ist. Der junge Mann redet nicht nur wie ein westlicher Banker; er sieht auch so aus: im gedeckten Zweireiher und Seidenschlips feinsten westlicher Provenienz. Bei der City Bank in New York hat er gelernt und in Princeton Studien betrieben. „Die versteckte Inflation, das sind Schlangen vor den Läden und Mangel im ganzen Land“, erklärt er. „Das sind künstlich niedergehaltene Preise für Energie, Lebensmittel, Wohnraum – daher mehr Nachfrage, als zu

Quelle

Datum

diesen Preisen befriedigt werden kann."

Die Folge kann sich jeder Erst-Semester-Student der Ökonomie ausrechnen: Das Angebot kommt nicht in die Regale; dafür kommen um so mehr Käufer und reihen sich entweder in die Schlange ein oder gehen gleich auf den schwarzen Markt. Es ist, als ob ständig auf leerer Bühne Premiere gespielt würde. Rosatis Fazit: „Eine reale Preis-Struktur muß her, die den echten Wert der Waren und deren Knappheit widerspiegelt.“ Überdies mußte der Staatshaushalt ausgeglichen werden. (Das Defizit, das die Geldmaschine getrieben hat, betrage heute noch immer drei Prozent des Bruttosozialprodukts – soviel wie in den USA – sagen die einen Experten; andere sprechen von sechs Prozent.)

Deshalb haben die neuen Planer fast alle Subventionen gestrichen; deshalb steigen die Preise. Das Planziel waren 45 Prozent für Januar; tatsächlich aber „liegt der Ist-Auftrieb bei 67 Prozent“, vermerkt der Zentralplaner Swarcz. Deshalb laufen auch die Notenpressen im „Staatsbetrieb für Wertpapiere“ in der Warschauer Sanguszki-Straße erst einmal munter weiter. Das jüngste Neu-Produkt ist ein 200 000-Zloty-Schein; das sind bei einem realen Tauschkurs von 5300 Zloty knapp 40 Mark.

Einen kleinen Trost aber kann der Draconiker Balcerowicz seinem Volk doch schon bieten. Manche Preise fallen schon wieder – zum Beispiel bei Milch und bei manchen Fleischsorten, die Anfang Januar 27 000 Zloty pro Kilo kosteten, jetzt aber schon für 24 000 zu haben sind. Das sind knapp fünf Mark – ein wahres Geschenk, möchte man meinen. In Wahrheit sind es, setzt man die Gehaltsseite der Gleichung dagegen, schiere Wucherpreise.

Als der Strategie-Experte Andrzej Karkoshka noch bei Jaruzelski diente, konnte er eine Million Zloty nach Hause tragen, oder umgerechnet 188 Mark. Heute beträgt sein normales Beamtensalär 400 000 Zlotys, gleich 80 Mark, gleich „vier Tankfüllungen für meinen *Polonez*“. Die besten Gehälter, etwa 1,5 Millionen, bekommen politisch wichtige Gruppen wie die Werftarbeiter in Danzig; dieser fürstliche Lohn entspricht 288 Mark.

Doch die Misere hat gerade erst begonnen. Denn was wäre ein richtiges Austerität-Programm ohne brutale Kappung der Real-Einkommen? Es fällt schwer, in der Geschichte der Inflationsbekämpfung eine ähnlich massige Streittaxt zu finden wie die, welche der Finanzminister der Solidaritäts-Regierung gegen das eigene Volk führt. Auf der Klinge klebt das Etikett „30 Prozent“, was bedeutet: Springt etwa der Preis-Index um 100 Prozent in die Höhe, dürfen die Arbeitgeber die Löhne nur um 30 Prozent anheben. Geben sie mehr, müssen sie mörderische Strafsteuern bezahlen. „Vielleicht wird der Inflationsausgleich schon im Mai 60 Prozent betragen“, lautet der Trost, den der Balcerowicz-Lehrer, Prof. Soldaczuk, bereithält.

Der Chef der Nationalbank, Wladyslaw Baka, erklärt, warum das Mazowiecki-

Regime der Bevölkerung derlei Opfer abfordert: „Wir müssen den Schwamm ausquetschen, denn es gibt keinen besseren Anreiz zur Leistung als gutes, hartes, wertbeständiges Geld.“ Der Weißhaarige im Tweed-Jacket, der uns eigenhändig den Tee eingießt, hat wohl nicht immer so geredet. Ein Bindeglied zwischen dem alten und dem neuen Regime, hat er schon mal die Nationalbank geleitet – von 1986 bis 1988; danach war er im ZK für Wirtschaft zuständig. Damals hat seine Bank kräftig Wasser in den Schwamm gepumpt – die Inflation beschleunigt, die er heute mit Mitteln bekämpfen hilft, von denen nicht einmal Frau Thatcher Anfang der 80er Jahre zu träumen wagte. Einen Zinssatz von 36 Prozent in Monat hat er im Januar der polnischen Wirtschaft verordnet; das ist sowohl zuviel als zuwenig.

Es ist zuwenig für die Sparer, die in diesem Monat mit einer Inflationsrate von 67 Prozent, also einem negativen Realzins, leben mußten. Und es ist offensichtlich zuviel für Bauern und Private, denn die investieren auch trotz der „geschenkten“ Zinsen nicht. Denn zu diesem Preis tragen die Sparer kein Geld zur Bank; überdies fehlt den Mochtegern-Investoren eine rationale Basis für die Betriebskalkulation. Ein Bauer, der heute ein Darlehen zu 36 Prozent im Monat aufnimmt, um sich einen *Ursus*-Traktor zu kaufen, muß die Zinsen erst einmal vor sich herschleppen, bevor er im Spätsommer seine Rüben verkaufen kann. Wenn aber programmgemäß die Preise sinken und der Geldwert steigt, müßte er vielleicht mit „teurerem“ Geld zurückzahlen. Das Fazit des Professors Soldaczuk: „Heute hält sich jeder zurück. Die Investoren investieren nichts, die Produzenten produzieren nichts, und die Kunden kaufen nichts.“

Anders ausgedrückt: Den Balcerowicz-Monetaristen ist es gelungen „den Schwamm auszuquetschen“, mithin die Nachfrage plangemäß abzuwürgen. Aber sie haben noch nicht viel für die Angebotsseite getan, von wo aus der Mazowiecki-Regierung nun schlimme Gefahr droht. Denn: Was nützen die härtesten Zlotys, wenn man von ihnen zu wenige hat? Heute kostet eine schlichte Gitarre an der eleganten *Novy-Swiat* („Neue Welt“-) Straße fast ein Monatsgehalt, ein Kilo Hartkäse 15 000 Zloty, gleich drei Mark, gleich sechs Durchschnitts-Arbeitsstunden. Der Käse wartet also wahrlich auf den Kunden, und

der wird so lange ausbleiben, wie nicht Kaufkraft und Preis im Lot sind.

Ob es der Mazowiecki-Regierung gelingt, dieses Gleichgewicht herzustellen, ist die eigentliche Preis- und Überlebensfrage, ja die Machtfrage schlechthin. Warum gibt es noch keine Reaktion auf der Angebotsseite? Dazu Darius Rosati, der Direktor des Konjunkturforschungsinstituts: „Theoretisch darf jeder jetzt alles machen; es gibt keine Sperren mehr für wirtschaftliche Betätigung. Nur: Wir haben in den letzten 40 Jahren fast alle Marktmechanismen systematisch zer-

stört. Noch gibt es keinen Kapitalmarkt, keine richtigen Insolvenz-Gesetze, weshalb bankrotte Firmen jahrelang weitervegetieren und weder übernommen noch liquidiert werden können, keine Makler-Institutionen, die Käufer und Verkäufer einer Firma zusammenbringen. Ein „buy-out“? „Unmöglich. Wir wissen nicht einmal, wie die Staatsbetriebe zu bewerten sind, die privatisiert werden sollen. Auch wissen wir nicht, woher das Geld kommen soll. Schätzungsweise ist der Staatsbesitz 100 Milliarden Dollar wert, aber die Leute haben allenfalls drei Milliarden Dollar unter der Matratze.“

Da knirscht es also mächtig auf der Angebotsseite, doch ist das nur der Anfang des traurigen Kapitels „angebotsorientierte Ökonomie“. Die polnischen Schüler von Maggie Thatcher und Milton Friedman haben sich sträflich gegen das Erste Gebot aller Angebots-Theorie versündigt: Sie haben Steuern nicht gesenkt, sondern erhöht. „Früher lag die Firmenbesteuerung bei effektiv 36 Prozent“, konstatiert Rosati. „Heute aber liegt die Obergrenze eher bei 65 Prozent. Das ist“, fügt er emphatisch hinzu, „keine angebotsorientierte Politik!“

Was dem Haushaltsausgleich im Dienste der Inflationsbekämpfung frommt, nutzt mithin nicht der Freisetzung unternehmerischen Elans, und auf diesem Weg liegen ohnehin noch die größten Felsbrocken. Polen hat es schwerer als etwa Bolivien, das eine „normale“ – sprich: eine reine geldmengengetriebene – Inflation von 24 000 Prozent in zwei Wochen abwürgen konnte. Die Balcerowicz-Kämpen müssen zudem noch die ganze Kommando-Wirtschaft unkrepeln, und das ist vorweg nicht ein Wirtschafts-, sondern ein Machtproblem.

Zum Beispiel bei der „Nahrungsmittelkette“ zwischen Bauer und Geschäft. Die Verteiler- und Verarbeitungsmaschinerie lag bislang in den Händen von übermächtigen „Kooperativen“, die mit einer echten „Genossenschaft“ westlicher Spielart so viel zu tun haben wie der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB (West) mit dem früheren FDGB (Ost): Das eine ist ein freiwilliger Zusammenschluß, das andere ein Teil der Staatsmacht. Frei von Konkurrenz, konnten die Kooperativen niedrige Erzeuger- und hohe Verbraucherpreise diktieren; „92 Prozent der Lebensmittelversorgung lagen in einer Hand“, vermerkt Zentralplaner Swarcz. Sie sollen nun per Gesetz zerschlagen werden, „aber noch immer saugen die Kooperativen die Bauern aus“, sagt der frühere Jaruzelski-Gehilfe Karkoshka. „Zwar existiert die Kommunistische Partei nicht mehr auf der nationalen Ebene (sie hat sich zwangs-

Quelle

Datum

teilt und umbenannt, d. Red.), aber auf der Wojwodschafts- und Gemeinde-Ebene existiert sie noch. Die Parteisekretäre agieren einfach unter anderem Titel weiter, als Direktoren der Kooperative X oder des Joint Venture Y. Das alte Netzwerk ist noch intakt; schließlich ist es egal, ob man sich wie früher im Parteihauptquartier trifft oder bei einem Glas Bier daheim.“ Sein Fazit: „Das kann sich nur ändern, wenn die alte Nomenklatura ihrer Machtinstrumente beraubt wird, ihrer Telephone, Telexe und Dienstwagen.“

„Der Liquidierungsprozeß hat gerade erst begonnen“, sagt Karol Swarcz, aber wie schwierig der Reform zweiter Teil, also die Angebotsseite, noch sein wird, zeigt allein schon die Struktur des polnischen Arbeitsmarktes. „Von den zwölf Millionen, die nicht auf der Scholle arbeiten“, rechnet Wirtschaftsprofessor Soldaczuk vor, „sind sechs Millionen in der Staatsindustrie, weitere sechs Millionen in den Kooperativen sowie in der Verwaltung und nur eine Million im Privatsektor tätig.“

Diese Struktur auch nur teilweise zu privatisieren, kommt einer Revolution gleich, die beim letzten Mal, in umgekehrter Richtung, nur durch Stalins Armeen vollzogen werden konnte. Die gute Nachricht indes ist, daß sich bislang 90 Prozent der Bevölkerung (so eine Umfrage) unter dem Banner der Notwendigkeit hinter der Mazowiecki-Regierung zusammenschart haben. Eine zweite gute Nachricht ist, daß die Nation nicht nur guten Willens ist, sondern auch nicht weiß, welcher anderen Flagge sie folgen soll.

Zum Beispiel die Arbeiter bei der Traktorenfabrik *Ursus* vor den Toren Warschaus. „Die Leitung“, sagen Vertreter der Solidarität, „tut nichts und hat keine Ideen.“ In den Büros hängen Kruzifixe und Plakate mit der Aufschrift *I ♥ Solidarity*, aber die liebenswerten Genossen scheinen auch keine zündenden Ideen zu haben. Soll *Ursus* privatisiert werden? „Nein, wir sollten erst einmal beim Staat bleiben.“ Sollen die Arbeiter die Macht übernehmen? Da verzieht der Solidaritäts-Mann den Mund und sagt: „Nein, das wäre wie unter den Kommunisten nach dem Krieg; wir wollen lieber einen Anteil der Aktien zu Vorzugspreisen.“ Ein Joint Venture mit Auslandskapitalisten: „Die kriegen wir nicht, weil der Betrieb keine Rendite abwirft.“ Müssen dann Leute entlassen werden? „Im Prinzip sind wir bereit dazu, denn das ist ein geringeres Übel als die Pleite. Das hieße auch höhere Löhne für die Fleißigen.“ Gab's schon Entlassungen? „Das wissen wir nicht.“ Kann denn die Solidarität gleichzeitig Gewerkschaft und Regierung sein? Da werden die Arbeiter-Funktionäre ganz staatstragend: „Die Reform liegt in unserem Interesse.“ Derweil plärren draußen die Lautsprecher. Sie liefern sich eine Propagandaschlacht zwischen Gewerkschaft und Leitung, deren Sprecher ebenfalls konzidiert: „Wir wissen nicht, wie es weitergeht.“

Mörderischer Erfolgszwang

Zur Zeit ist nur dreierlei klar. Erstens: Das Volk steht geschlossen hinter der Regierung, nährt sich vom Ersparten oder vom Verwandten auf dem Dorf und harret der glänzenden Zukunft, die ihm die Reformer verheißen. Zweitens: In diesem Jahr, schätzen die Experten, wird das Bruttozialprodukt um fünf bis sechs Prozent fallen, was sich nach westlichen Maßstäben zur bösartigen Rezession summiert. Die Regierung hat geschworen, daß sie die Reform schnell und unbeirrt durchziehen wird; schließlich „kann man eine Schlucht nicht in zwei Sprüngen überqueren“. Das heißt Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit, obwohl der Staat schon das Sicherheitsnetz von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe aufzieht, das der Sozialismus auf seine Weise geflochten hatte: durch unproduktive Überbeschäftigung, sprich: versteckte Arbeitslosigkeit.

Und ein Drittes ist klar: Die Regierung steht unter einem mörderischen Erfolgszwang. „Mazowiecki hat maximal sechs Monate Zeit“, warnt ein nachdenklicher Progressiver wie Andrzej Karkoshka. „Wenn er bis dann nicht seine Versprechen einlöst, bedeutet das das Ende seiner Regierung und das Ende des Mythos Solidarität.“ Was dann? „Eine antidemokratische Reaktion und der Ruf nach dem starken Mann.“ Und da in Polen auch das Schicksal der Perestrojka auf dem Spiel stehe, habe der Westen „keine andere Wahl, als uns zu helfen“.

Derweil warten die alten Kräfte auf den Moment, den sie selbst voraussagen. Zum Beispiel Alfred Miodowicz, der Chef der einst offiziellen Gewerkschaft OPZZ: „Jetzt produzieren wir schlechter als im Sozialismus – Stahl so weich wie Spaghetti. Kein Mensch kann bis zum Monatsende von seinem Gehalt leben. Und deshalb wird Mazowiecki verlieren, wenn er Balcerowicz nicht zurückpfeift.“ Will er seine angeblich sieben Millionen Mitglieder zum Streik aufrufen? „Nein, nein, das ist nur die allerletzte Waffe. Aber Hungermärsche werden wir organisieren!“ Was würde er denn tun, wenn er „Wirtschaftsdiktator“ wäre? „Ich würde sofort von dem Posten zurücktreten.“

10